



Aufstellung gemäß § 17a Abs. 7 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)

Erläuterungen zu Muster 2 für nicht ausbildende Krankenhäuser

Durch die Umsetzung des Ausgleichsfonds im Jahr 2008 gemäß § 17a Abs. 5 KHG - zur Vermeidung einer Benachteiligung ausbildender Krankenhäuser im Wettbewerb - sind in die Ausbildungsfinanzierung auch die **nicht ausbildenden** Krankenhäuser in NRW eingebunden worden.

Seit dem 01.01.2019 wurde für jeden voll- und teilstationären Behandlungsfall der für das Kalenderjahr 2019 vereinbarte landeseinheitliche Ausbildungszuschlag in Höhe von 95,24 € den Patientinnen oder Patienten oder deren Sozialleistungsträger in Rechnung gestellt.

Gemäß § 17a Abs. 6 Satz 4 KHG haben **alle Krankenhäuser** die von ihnen in Rechnung gestellten Ausbildungszuschläge an den Ausgleichsfonds abzuführen. Es sind dabei die Verfahrensregelungen nach § 17a Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 KHG einzuhalten, die festlegen, dass zur Abführung der Ausbildungszuschläge im Voraus monatliche Abschlagszahlungen fixiert und diese den Krankenhäusern mitgeteilt werden.

Die entsprechende Mitteilung wurde Ihnen mit Schreiben vom 17.12.2018 zugestellt.

Aus § 3 Abs. 4 [„Übermittlungspflichten der Krankenhäuser“] der „Vereinbarung über die Errichtung und Verwaltung des Ausgleichsfonds sowie Festlegung des Ausbildungszuschlags für Ausbildungsstätten der in § 2 Nr. 1a KHG genannten Berufe“* ergibt sich die **Verpflichtung** auch für **nicht ausbildende Krankenhäuser**, dem Ausgleichsfonds einen Vermerk des Jahresabschlussprüfers entsprechend § 17a Abs. 7 Satz 2 KHG vorzulegen.

Die dem Vermerk des Abschlussprüfers zugrundeliegende Aufstellung hat der Krankenhausträger anzufertigen. Alle gesetzlich geforderten Angaben können auch auf Grundlage einer eigenen Aufstellung gemeldet werden. Wir empfehlen, das von uns erstellte Muster zu verwenden. Dadurch ist eine vollständige Meldung sichergestellt und Rückfragen können vermieden werden.

Das Muster steht auch als Excel-Tool auf unserer Homepage zur Verfügung.

*Vereinbarung nach § 17a Abs. 5 KHG

(Version Budgetjahr 2019)

Aufstellung gemäß § 17a Abs. 7 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)

Vorbemerkung

Das Muster enthält eine Mehrzahl von Feldern. Um dem Bearbeiter eine Hilfestellung zu geben, wurden diejenigen Felder, die Werte aus bereits aufgeführten Feldern enthalten bzw. die sich per Rechenoperation ergeben, mit einem gestrichelten Kasten versehen (-----). Die Eingabefelder sind ansonsten mit einem durchgehenden Kasten versehen (———).

Die Differenz zwischen den tatsächlich im jeweiligen Vereinbarungszeitraum an den Ausgleichsfonds abgeführten Abschlagszahlungen und der vom Krankenhaus tatsächlich in Rechnung gestellten Summe des landesbezogenen Ausbildungszuschlags nach § 17a Absatz 6 KHG (Aufnahmen in der Zeit vom 01.01.2019 bis 31.12.2019 einschließlich Jahresüberlieger 2019/2020) wird ausgeglichen.

Die Erlöse aus den in Rechnung gestellten Ausbildungszuschlägen sowie die Zahlungen an den Ausgleichsfonds sind mit den entsprechenden Daten aus der Buchhaltung abzugleichen. Sämtliche Daten beziehen sich auf den Stand der Buchhaltung nach Jahresabschlussprüfung.

Erläuterung zu 1. und 2.:

Die Aufstellung, die dem Jahresabschlussprüfer zur Prüfung vorgelegt wird, hat zu enthalten

- die Gesamtsumme der Erlöse sowie
- die zugrundeliegende Fallzahl an voll- bzw. teilstationären Behandlungsfällen,

bei denen der landeseinheitliche Ausbildungszuschlag in Rechnung gestellt wurde.

Korrekturen aus Vorjahren sind in dieser Position nicht zum Abzug zu bringen (siehe nachfolgende Erläuterungen zu Nr. 6 bis 13).

Bei der Abfrage der Daten aus der Buchhaltung ist darauf zu achten, dass keine „systemfremd“ abgerechneten Fälle berücksichtigt werden.

Im Jahr 2019 sind die Fälle zu berücksichtigen, die im Jahr 2019 aufgenommen wurden und über den Jahreswechsel nach 2020 im Krankenhaus verblieben sind, da hier der landeseinheitliche Zuschlag des Jahres 2019 zu berechnen ist. Die Jahresüberlieger 2018/2019 wurden bereits für das Budgetjahr 2018 angemeldet und abgerechnet.

Die Gesamterlöse für das Jahr 2019 aus den berechneten landeseinheitlichen Ausbildungszuschlägen sollte mit folgender Formel verprobt werden:

**Fallzahl einschließlich Jahresüberlieger (Nr. 2) multipliziert mit 95,24 €
= Summe der in Rechnung gestellten Ausbildungszuschläge (entspricht Erlöse Nr. 1)**

Aufstellung
gemäß § 17a Abs. 7 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)

Erläuterung zu 3.:

Wir bitten ergänzend nachrichtlich um Mitteilung der Anzahl der Fälle, für die zum Zeitpunkt der Aufstellung durch den Krankenhausträger der in Rechnung gestellte Ausbildungszuschlag noch nicht als Zahlungseingang verbucht werden konnte (z. B. noch offene Forderungen gegenüber Zahlungspflichtigen oder noch in Prüfung befindliche Fälle wegen geltend gemachter Einwendungen durch die Krankenkassen etc.).

Die aus diesen Fällen resultierenden Forderungen sollten im Folgejahr beglichen sein. Sofern diese Forderungen dennoch in Folgejahren nicht oder nur teilweise durch Zahlung beglichen werden, sind die vereinnahmten Ausbildungszuschläge dieser Jahre zu korrigieren. Die im/in Vorjahr(en) angefertigte Aufstellung der Erlöse wird nicht geändert (siehe hierzu auch nachfolgende Erläuterungen zu Nr. 6 bis 13).

Erläuterung zu 4.:

Zur Plausibilitätskontrolle bitten wir nachrichtlich um Mitteilung des an den Ausgleichsfonds abgeführten Gesamtbetrags für das Jahr 2019. Die zwölf Zahlungen werden in der Regel innerhalb eines Kalenderjahres erbracht worden sein.

Erläuterung zu 5.:

Das Muster sieht die Angabe der rechnerischen Differenz zwischen den Erlösen aus dem vom Krankenhaus in Rechnung gestellten landeseinheitlichen Ausbildungszuschlag (1.) und dem für 2019 vom Krankenhaus an den Ausgleichsfonds abgeführten Gesamtbetrag (4.) vor.

Ein positiver (+) rechnerischer Saldo aus 1. und 4. stellt eine Verbindlichkeit, ein negativer (./.) Saldo stellt eine Forderung des Krankenhauses gegenüber dem Ausgleichsfonds dar. Die Beträge werden im Jahr 2020 über den Ausgleichsfonds im Rahmen des Ausgleichsverfahrens für das Jahr 2019 abgerechnet.

Die Höhe des vom Krankenhaus an den Fonds abgeführten Gesamtbetrags ergibt sich aufgrund einer für das Krankenhaus festgelegten „Plan-Fallzahl“. Über den Fonds wird ausschließlich die auf einer positiven bzw. negativen Fallzahlabweichung basierende Einnahmedifferenz (durch die Berechnung des Landeszuschlags) zur tatsächlichen Ist-Fallzahl ausgeglichen.

Die vorgenannten Angaben dienen einem fortlaufenden Abgleich des gesetzlich vorgesehenen Ausgleichsverfahrens.

(Version Budgetjahr 2019)

Aufstellung gemäß § 17a Abs. 7 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)

Erläuterungen zu 6. bis 13.:

Für den Fall, dass endgültig feststeht, dass in Vorjahren (hier: 2015, 2016, 2017 und 2018) an den Fonds zunächst abgeführte Ausbildungszuschläge endgültig nicht vereinnahmt werden konnten bzw. an die Kostenträger zurückerstattet wurden, hat das Krankenhaus einen Erstattungsanspruch. Wir bitten daher um Mitteilung der (voll- und teilstationären) Behandlungsfälle, die **aus Vorjahren** (hier: ausschließlich 2015, 2016, 2017 und 2018) in der entsprechenden Aufstellung enthalten waren, der Ausbildungszuschlag allerdings nicht tatsächlich vereinnahmt werden konnte bzw. an die Kostenträger zurückgeflossen ist (z. B. wenn noch offene Forderungen gegenüber Zahlungspflichtigen nicht beglichen wurden, da beispielsweise in Prüfung befindliche Fälle wegen geltend gemachter Einwendungen durch die Krankenkassen nicht bezahlt worden sind etc.).

Die aus den Fällen resultierenden **faktisch nicht vereinnahmten** Ausbildungszuschläge dieser Jahre sind zu korrigieren. Die Erstattung dieser bereits abgeführten Ausbildungszuschläge erfolgt dann im Rahmen des Ausgleichsverfahrens 2019 (einschl. der Prüfung durch den Abschlussprüfer). Die im/in Vorjahr(en) angefertigte Aufstellung der Erlöse wird nicht geändert; auch ist kein geänderter Vermerk des Abschlussprüfers einzureichen.

Für den Erstattungsanspruch ist ebenfalls nicht zwingend, dass in der Aufstellung des Vorjahres unter Nr. 3 eine entsprechende Angabe erfolgte.

Beispiel Korrektur Vorjahr (für das Beispiel wird exemplarisch das Budgetjahr 2015 herangezogen):

10.000 Fälle	(voll- und teilstationäre) Behandlungsfälle 2014 einschließlich Jahresüberlieger 2015/2016 lagen dem Vermerk des Abschlussprüfers für das Budgetjahr 2015 zugrunde (Angabe unter Nr. 2)	
davon 100 Fälle (voll- und teilstationäre) Behandlungsfälle, für die der in Rechnung gestellte Ausbildungszuschlag noch nicht vereinnahmt werden konnte (möglicherweise unter Nr. 3 im Jahr 2015 ausgewiesen)		
Ausgleichsverfahren 2018		Ausgleichsverfahren 2019
davon 5 Fälle		davon 10 Fälle
Im Jahr 2018 wurde offenkundig, dass bestimmte Behandlungsfälle faktisch und endgültig nicht mehr erlöst bzw. nicht stationär abgerechnet werden.		Im Jahr 2019 wurde offenkundig, dass <u>weitere</u> Behandlungsfälle faktisch und endgültig nicht mehr erlöst bzw. nicht stationär abgerechnet werden.

(Version Budgetjahr 2019)

Aufstellung gemäß § 17a Abs. 7 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)

Die 10 Fälle werden durch die KGNW im nachgelagerten Ausgleichsverfahren 2019 für das Vorjahr 2015 als Abzugsposition zu Gunsten des Krankenhauses berücksichtigt. Daher ist im Abrechnungsmuster unter Nr. 6 die entsprechende Anzahl an Fällen anzugeben. Der sich ergebende Betrag ist als negativer Wert unter Nr. 7 einzutragen bzw. wird im Excel-Tool errechnet (Berechnung: $-10 \text{ Fälle} * 80,98 \text{ €} = -809,80 \text{ €}$).

Die bereits im Ausgleichsverfahren 2018 für das Vorjahr 2015 gemeldeten 5 Fälle wurden bereits durch die KGNW zu Gunsten des Krankenhauses berücksichtigt, ebenso wie ggf. bereits im Ausgleichsverfahren 2017 oder 2016 für das Vorjahr 2015 gemeldete Korrekturfälle.

Analog hierzu sind die Korrekturfälle für das Jahr 2016 (Zuschlagshöhe 82,30 €), das Jahr 2017 (Zuschlagshöhe 84,14 €) und das Jahr 2018 (Zuschlagshöhe 87,86 €) auszuweisen.

Wichtig bei der Angabe von Korrekturfällen ist, dass bereits in Ausgleichsverfahren der Vorjahre gemeldete Korrekturfälle nicht erneut anzugeben sind!

Bitte beachten Sie, dass Ansprüche an die Verbände der Kostenträger aus Korrekturen für das Jahr 2015 (bzw. dem Ausgleichsverfahren 2016) nach den getroffenen Vereinbarungen mit Abschluss des hiermit stattfindenden Ausgleichsverfahrens 2019 verjähren. Die KGNW als Verwalter des Ausgleichsfonds kann daher nächstes Jahr im Ausgleichsverfahren 2020 (Budgetjahr 2020) keine Korrekturen für 2015 mehr akzeptieren. Ein entsprechendes Feld im Muster wird nicht mehr vorhanden sein. Sollte in einzelnen Fällen aufgrund eines anhängigen Gerichtsverfahrens die Verjährung gehemmt sein, müssten spätere Korrekturen gesondert bei der KGNW eingereicht und begründet werden.

Die Beträge aus den Korrekturfällen der Vorjahre werden separat erstattet.